

Fadegrad



von Daniel Oswald

Die Professionalisierung

Wir sind im Zeitalter der Professionalisierung. Ein geflügeltes Wort. Wenn Sie im Duden nachschauen, finden Sie dazu Begriffe wie fachgerecht, fachkundig, fachmännisch, gekonnt, kompetent, sachgemäss, sachgerecht, sachkundig, sachverständig, qualifiziert. Ich fasse alle diese Eigenschaften unter dem Begriff fähig zusammen. Viele Bürgerinnen und Bürger, welche der Überzeugung sind, dass eine Professionalisierung gut sei, erwarten, dass jemand für seine Aufgabe fähig ist. Eine Professionalisierung bedeutet nach Duden aber auch eine Aufgabe gewerbsmässig zu betreiben. Eigentlich sollte man davon ausgehen können, dass jemand ein Gewerbe nur erfolgreich betreiben kann, wenn er dazu auch fähig ist. Sofern der «Gewerbetreibende» keine Monopolstellung inne hat, also wenn es für die gleiche Dienstleistung mehrere Anbieter gibt und somit ein Markt und Transparenz vorhanden sind, trifft dies auch zu. Beim staatlichen «Profigewerbe» herrscht kein Markt und deshalb muss mit anderen Mitteln sichergestellt werden, dass die Fähigen am Drücker sind.

Die Etatisten versuchen dies durch Gesetze und Vorschriften zu erreichen. Aber nur weil etwas geschrieben steht, wird es noch lange nicht Realität. Da aber keine Organisation zu 100 Prozent fehlerfrei funktioniert, legen die Etatisten mit dem Amtsgeheimnis den Mantel der Verschwiegenheit über das staatliche «Profigewerbe». Zu den Etatisten sind die Bildungseuphoristen dazugekommen. Mit einer Menge von Kursen und Ausbildungen erlangen wir Zertifikate und Abschlüsse, welche beweisen, dass wir fähig sind. Nur leider ist diese Bildungsblase so angelegt, dass die Biereifrigen honoriert werden. Es wird zu wenig selektioniert und die Praxis wird immer weniger berücksichtigt. Wer fleissig büffelt, kann am Ende des Semesters auch das Zertifikat einfahren. Im nächsten Semester kommt dann das nächste Zertifikat. Dies führt dazu, dass viele mit reichlich Zertifikaten dekorierten High Potentials wegen der fehlender Praxis reale Situationen im Alltag nicht bewältigen können. Das Milizsystem war höchst professionell. Das Pendant zum Markt im Milizsystem ist der Föderalismus. Uns Bürgern ist es möglich, die Professionalität der Behörden der verschiedenen Gemeinden zu vergleichen. Die Wahl durch die Stimmbürger ist ebenfalls professioneller als die theoretisch agierenden Zertifizierungsstellen. Will man gewählt werden, muss man die Öffentlichkeit über sich informieren. Es finden Diskussionen über die Kandidaten statt. Jede einzelne Meinung ist fehlerbehaftet. Diese Fehler können nur minimiert werden, wenn möglichst viele Meinungen transparent und kontrovers diskutiert werden. Wenn wir aber einen Zertifizierungsexperten fragen, kriegen wir nur eine Meinung und haben somit das grösste Risiko, falsch zu liegen.

Auflösung eines Schenkungsversprechens durch die Stadt Zürich

Am 25. Juni 2012 haben Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) eine Motion für die Auflösung eines Schenkungsvertrags zur «Casa Muralt» eingereicht.

Roberto Bertozzi
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Mit der Motion, die im Rat von Katharina Widmer (SVP) vorgestellt wird, wird der Stadtrat aufgefordert, ein beurkundetes, zweckgebundenes Schenkungsversprechen aus dem Jahr 1997 mit Frau Adelheid von Muralt, der Schenkerin, aufzulösen. Es handelt sich um die «Casa Muralt» an der Limmatstrasse 123 in Zürich-Höngg. Die Schenkung hätte auf einen von der Schenkerin bestimmten

Zeitpunkt vollzogen werden sollen, spätestens an ihrem Todestag.

Wieso möchte Frau von Muralt ihre Schenkung rückgängig machen? Als die Stadt Zürich im Jahr 2000 die benachbarte Liegenschaft «Villa Tobelegg» verkauft hat, weil sich diese nicht kostendeckend bewirtschaften liess, ist es zu Irritationen und schliesslich zu einem gestörten Vertrauensverhältnis seitens der Schenkerin gegenüber der Stadt Zürich gekommen.

Vor allem die Frage um Parkplätze führte zu diesen Unstimmigkeiten, die schliesslich im Jahr 2004 zum Rückzug des Schenkungsvertrags geführt haben. Der Stadtrat nahm damals den Entscheid der Schenkerin

zur Kenntnis, ohne ihr aber die Schenkungsurkunde zurückzugeben. Obwohl schon im Jahr 2007 Prof. iur. Martin Usteri in einem Rechtsgutachten zum Schluss gekommen ist, dass die Schenkung hinfällig geworden ist, stellte sich der Stadtrat auf den Standpunkt, dass ein Schenkungsversprechen nicht einseitig aufgelöst werden kann. Zudem sei es nicht seine Kompetenz, auf eine Schenkung zu verzichten, da mit dem Verzicht der Stadtkasse ein grosses Vermögen verloren geht. Deshalb kämpft die Schenkerin seit 2004 vergeblich um die Aufhebung des Schenkungsvertrags.

Frage der Zuständigkeit

Die Schätzung des Werts der Liegenschaft «Casa Muralt» liegt aktuell zwischen 3 und 4 Millionen Franken. Deshalb ist tatsächlich davon auszugehen, dass der Verzicht auf die Schenkung nicht in die Kompetenz des Stadtrats fällt, weshalb nun der Gemeinderat als zuständige Behörde darüber befinden muss. Da bis heute das ursprünglich gute Verhältnis zwischen der Schenkerin und der Stadt Zürich nicht wieder hergestellt werden können, befürwortet inzwischen auch der Stadtrat die Aufhebung der Schenkung im Sinne der eingereichten Motion.

Zu diesem Zweck ist zwischen der Schenkerin und dem Vorsteher des Finanzdepartements der Stadt Zürich eine schriftliche Vereinbarung über die Aufhebung des Schenkungsvertrags abgeschlossen worden, mit der die beiden Parteien entschuldigungslos von allen Verpflichtungen entbunden werden.

Diese Vereinbarung muss nun vom Gemeinderat genehmigt werden. Alle Parteien im Gemeinderat, ausser den Linken (SP, Grüne und AL), die

sich enthalten, weil sie nicht einsehen wollen, weshalb die Schenkung rückgängig gemacht werden soll, unterstützen im Sinne der SVP-Motion die Aufhebung des Schenkungsvertrags. Resultat der Abstimmung: 73 Ja zu 43 Enthaltungen. Somit wird unsere Motion mit 110 Ja zu 7 Enthaltungen (AL) als erledigt abgeschlossen.

Und so geht es weiter ...

Andere Themen an dieser Gemeinderatssitzung sind die Kultur, zum Beispiel «Zürich liest» und «Zürich Film Festival» sowie die Stadtentwicklung gewesen. Dabei ist es immer wieder zu einem regen Wortaustausch zwischen den Bürgerlichen, vor allem der SVP, und den «links-Linken und Kommunisten», Zitat von Roger Liebi (SVP), gekommen. Daniel Regli (SVP) seinerseits kritisiert die «Mitte-links-Bürokratie» und die «staatlich alimentierte Blase» im Zusammenhang mit der Weisung zum Städteverband. Dieser macht Lobbyarbeit für die Städte in Bundesbern. Die Stadt Zürich finanziert den Schweizerischen Städteverband SSV durch Mitgliederbeiträge.

Gemäss Stadtpräsidentin ist die Arbeit des SSV wichtig, da dieser die Interessen der Stadt Zürich gut vertritt. Zudem bündelt er die Interessen der verschiedenen Städte und fördert so deren Einfluss in Bern. Deshalb fordert sie eine Erhöhung des Mitgliederbeitrags von Fr. 0.60 auf Fr. 0.90 pro Einwohner. Roger Liebi fordert, so wie Daniel Regli, die Ablehnung der Erhöhung, da die Vertretung der «Sozialistenanliegen» in Bern nicht zu einer Bereicherung für die Stadt Zürich führen.

Die Mehrheit des Gemeinderats lehnt die Erhöhung des Mitgliederbeitrags ab.

GEGEN DIE VERSCHIEBUNG DES ZUWANDERUNGSPROBLEMS

Wieviel Zuwanderung erträgt Zürich?

Die Stadt Zürich platzt aus allen Nähten. Seit dem Jahr 2000 sind rund 40000 Personen netto in die Stadt Zürich gezogen, also ziemlich genau die Stadt Thun – allein seit 2010 sind es nahezu 30000, das entspricht der Walliser Hauptstadt Sion!

Roger Liebi
Gemeinderat
Präsident SVP
Stadt Zürich

Gemäss einer Studie der Stadt Zürich ist der Nettozuzug zu 79 Prozent der Zuwanderung aus dem Ausland bzw. von Ausländern zuzuschreiben.

In Genf und Basel sind das trotz Grenzlage «nur» rund 60 Prozent. Bern und Winterthur kommen jeweils nicht einmal auf einen Ausländer-Zuwanderungsanteil von 40 Prozent.

Schlussfolgerungen aus dem Elfenbeinturm

Nun könnte man ganz einfach die Schlussfolgerung der Studie der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich aus dem Jahre 2012 zur Hand nehmen und sagen: toll, Zuwanderung nützt uns allen.

Nun, diese Studie kann man nicht wirklich ernst nehmen, nicht nur weil sie vom nicht gerade unumstrittenen und quasi einäugigen Büro Bass erstellt wurde, sondern natürlich auch aufgrund des Inhaltes. Das Büro Bass kommt u.a. zum Schluss, dass vor allem Fachkräfte nach Zürich kommen.

Diese wiederum würden zur besseren Ausbildung der Schweizerinnen und Schweizer verhelfen. Zudem gingen die nachweisbaren Mietzinserhöhungen nicht zulasten der Schweizerinnen und Schweizer, sondern zulasten der Zuwanderer. Solche Schlüsse können wohl wirklich nur in einem Elfenbeinturm in Bern gezogen werden.

Schweizer erhalten keine Mietzinzzuschüsse

Wenn man alleine die Finanzindustrie anschaut, dann hat sich ganz offensichtlich die inflationäre Anstellung von ausländischen Personen, besonders auch in den obersten Führungsetagen (man nehme z. Bsp. die Grossbanken), wohl nicht wirklich positiv ausgewirkt. Das lässt sich quasi täglich in den Medien nachlesen oder hören.

Was haben Assistenten- oder Sekretärinnen-Jobs mit Fachkräftemangel zu tun? Weshalb sind mehr als 3 Prozent der in Pflegeberufen ausgebildeten Personen arbeitslos? Die hohen Mieten tragen vielleicht die Zuwanderer, allerdings verwehrt

es den alteingesessenen Zürcherinnen und Zürchern schlicht und einfach einen allfälligen Umzug. Sie können es sich ganz einfach nicht leisten, erhalten vom Arbeitgeber auch keine Mietzuschüsse.

Jede Schweizerin, jeder Schweizer wird nicht nur fremd im eigenen Land, in der eigenen Stadt, nein, sie werden im Zeitalter der Mobilität zum Verharren in ihren bisherigen vier Wänden gezwungen. Die Strassen sind verstopft, Trams und Bahnen sind es auch. Zürich platzt aus allen Nähten. Das ist aber beileibe nicht alles.

Linker Umbau der Stadt Zürich

Ausländer würden eher links wählen oder stimmen, konnte man vor wenigen Tagen in den Schweizer Medien nachlesen. So wundert es denn auch nicht, dass der Umbau der Stadt Zürich namentlich nach linkem Schema vor sich geht. Wohnsilos, OeV, unbezahlbare 2000-Watt-Gesellschaft, Antiauto, unbezahlbare Kinderbetreuung nach europäischem Vorbild (zur Erinnerung: diese Staaten sind pleite oder haben massiv hohe Steuersätze), Ausbau der Verwaltung, etc.

Glaubt wirklich jemand, dass die riesigen Budgetdefizite und v.a. der ungebremste Anstieg der Schulden der Stadt Zürich zufällig sind? Ist es etwa ein Zufall, dass die Steigerungsrate bei Defiziten und Schulden um 2010 begonnen hat? Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung wohl kaum.

In einer kürzlich veröffentlichten Studie der Stadt Zürich kommen weitere interessante Fakten auf den Tisch – leider kaum irgendwo publiziert. So steht dort wörtlich geschrieben, dass rund 25 Prozent der Einwanderer aus Spanien gar keine Spanier sind, sondern ursprünglich häufig zum Beispiel aus der Dominikanischen Republik stammen. Fachkräfte sollen das sein? Von über 400000 Einwohnern sind bereits 126000 Ausländer, die zig-Tausende Eingebürgerten der letzten Jahre nicht mitgezählt.

Das Masshalten geht verloren

Wenn man sich die Entwicklung von Stadtausbau, Finanzen, Verwaltung etc. vor Augen hält, dann wird eines klar: Das, was Zürich stark gemacht hat, nämlich «Mass halten», geht mehr und mehr verloren. Und damit verlieren wir mittelfristig an Identifikation,

AUFTAKT ZUM WAHLJAHR 2015 MIT DEN SVP-REGIERUNGSRÄTEN ERNST STOCKER UND MARKUS KÄGI:



Stabilität und Sicherheit statt Masslosigkeit!

10. Januar 2015, 14.30 bis 16 Uhr, auf der Rathausbrücke Zürich

- Einleitung: **Roger Liebi**, Präsident der SVP Stadt Zürich
- Referenten:

Regierungsrat
Ernst StockerRegierungsrat
Markus Kägi

Für Unterhaltung ist ebenfalls gesorgt: **Alphornbläser, Jodelclub «Sängerrunde», Fahnenschwinger.**

www.svp-stadt-zuerich.ch

Liste 1 

Gratis
Maroni &
Punsch!